

nr. 3 – mai 2016

ecke köpenicker

[Seite 3:](#) 21. Mai – Tag der Städtebauförderung [Seite 5/6/7:](#) Berlins dritte Gründerzeit

[Seite 9:](#) Café am Engelbecken [Seite 10:](#) 25 Jahre Bürgerverein Luisenstadt



Ch. Eckelt

*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 30. Mai. Unser letztes Bilderrätsel zeigte ein Fassadendetail des ersten Gewerkschaftshauses Deutschlands am Engeldamm 62-64, das heute ein Baudenkmal ist. Gewinner ist Konstantin Aydenberg – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Illegale Ferienwohnungen online melden

Seit 2014 gilt in Berlin das Zweckentfremdungsverbot. Das Gesetz soll die unkontrollierte Umnutzung des knappen Wohnraums u.a. zu gewerblich genutzten Ferienwohnungen verhindern. Leerstand, Abriss und die Nutzung der kompletten Wohnung als Ferienwohnung sind jetzt nur noch mit Ausnahme genehmigung möglich. Bei Verstößen gegen das Gesetz drohen Bußgelder von bis zu 100.000 Euro. Für die Kontrolle sowie die Genehmigungsverfahren sind die Bezirke zuständig. Nach einer Übergangszeit von zwei Jahren endete nun zum 1. Mai auch die Duldungsfrist für noch nicht gemeldete Ferienwohnungen. Prompt gab es eine Woche vor dem Stichtag einen regelrechten Ansturm auf Ausnahmegenehmigungen, berichtete Stephan von Dassel, der als Sozialstadtrat in Mitte für die Umsetzung des Gesetzes zuständig ist. Er hatte schon lange mit diesem Effekt gerechnet. Bislang hatten nur wenige Betreiber und Eigentümer von Ferienwoh-

nungen diese auch angemeldet. In Berlin gibt es ca. 24.000 Ferienwohnungen, doch nur ein Viertel ist offiziell angemeldet. Allein in Mitte werden noch ca. 5000 Wohnungen als Ferienwohnungen vermietet – davon schätzungsweise 3500 illegal. Bislang hat der Bezirk über 900 Verfahren eingeleitet. Um die Bearbeitungskapazitäten in den Bezirksämtern zu verstärken, hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 30 zusätzliche Stellen ausgeschrieben. Bürger können Verstöße gegen das Ferienwohnungsverbot in der Nachbarschaft jetzt auch online melden. Ein entsprechendes Formular hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auf ihrer Internetseite eingerichtet, um die Bezirke bei der Kontrolle zu unterstützen. Das Meldeformular findet man unter der Internetadresse www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/zweckentfremdung_wohnraum

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, demnächst also am 17. Mai mit den Schwerpunktthemen Bevölkerungsentwicklung und Infrastruktur. Die BV ist als Interessenvertretung der Bürger ein wichtiges Gremium im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die BV freut sich immer über neue engagierte Mitstreiter!

Bürgersprechstunde im Sanierungsgebiet

Jeden Montag von 14 bis 18 Uhr steht das Koordinationsbüro KoSP als Gebietsbetreuer des Sanierungsgebiets bei einer Bürger- und Akteursprechstunde zur Verfügung, um Fragen rund um das Sanierungsgeschehen zu beantworten. Ort: Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101. Zudem bearbeitet das Koordinationsbüro sämtliche Nutzungsanfragen für den Stadteilladen »dialog 101«. Dieser steht für Aktivitäten und Veranstaltungen mit Quartiersbezug unentgeltlich zur Verfügung. Informationen zum Stadteilladen (inkl. Belegungskalender und Antragsformular) erhalten Sie auf der Website www.luisenstadt-mitte.de

Die nächste »Ecke Köpenicker« erscheint Anfang Juni 2016. Redaktionsschluss ist Freitag, der 27. Mai 2016. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF im Web abrufbar unter www.luisenstadt-mitte.de sowie www.buergerverein-luisenstadt.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, ecke.koepenicker@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ausstellung zum Fördergebiet Luisenstadt Mitte

Bundesweiter Tag der Städtebauförderung am 21. Mai

Am 21. Mai wird bundesweit der »Tag der Städtebauförderung« mit zahlreichen Veranstaltungen begangen. Aus diesem Anlass wird an diesem Tag im Stadteilladen dialog 101 eine Ausstellung zum Fördergebiet »Luisenstadt Mitte« eröffnet.

Ohne Städtebaufördermittel ginge in vielen Kommunen, auch in den Berliner Bezirken, angesichts der knappen Etats eigentlich nur noch das Allernotwendigste: gesetzliche Pflichtaufgaben wie etwa Wohn- oder die Erhaltung kommunalen Schulbetriebs. Hätten Bund, Länder und EU nicht diverse Förderprogramme für Städte und Gemeinden aufgelegt (z.B. »Aktive Zentren«, »Soziale Stadt«, »Stadtumbau« oder »Städtebaulicher Denkmalschutz«), blieben viele Investitionen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur nur Träume. Um Bürger öffentlich zu informieren, welche konkreten Projekte mit Fördermitteln realisiert werden, findet seit 2015 jährlich bundesweit der »Tag der Städtebauförderung« statt. Der Aktionstag ist eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag sowie Deutschem Städte- und Gemeindebund.

Ausstellung im Stadteilladen

Die Nördliche Luisenstadt zwischen Jannowitzbrücke und Engelbecken ist ein städtebauliches Erhaltungsgebiet und seit 2011 zu Teilen auch Sanierungsgebiet. Hier stehen insbesondere Fördermittel aus dem Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz« für Maßnahmen im öffentlichen Raum zur Verfügung. Mit einer Ausstellung wird das Büro KoSP als Gebietsbeauftragter für das Fördergebiet zeigen, was bislang an Projekten realisiert wurde und welche Vorhaben noch anstehen. Auf insgesamt 11 Tafeln wird das Quartier samt seiner interessanten historischen Entwicklung vorgestellt, werden Projekte und kommunale Vorhaben im Rückblick auf die letzten zehn Jahre und im Ausblick präsentiert. Dazu gehören natürlich große, langfristige Vorhaben wie die Erschließung des Spreeufers, die Reaktivierung des Schulstandortes Adalbertstraße oder Verkehrsberuhigungsmaßnahmen. Ein besonderes Augenmerk gilt zudem schützenswerten historischen Arealen wie der Eisfabrik oder dem ehemaligen Postfuhramt.



Dargestellt wird, welche Herausforderungen die Entwicklung dieses zentral gelegenen Gebiets begleiten: So ist der Entwicklungsdruck angesichts des angespannten Berliner Wohnungs- und Grundstücksmarkts immens. Die Bevölkerungszahlen werden in den nächsten Jahren deutlich steigen, was auch bei der Planung öffentlicher Infrastruktur (Schulen, Kitas, Grün u.ä.) zu berücksichtigen ist. Wesentlicher Bestandteil der Entwicklungsprozesse im Fördergebiet ist die Information und Beteiligung der Bürger, hier ist die Betroffenenvertretung (BV) das wichtigste Gremium, das die Interessen von Anwohnern aufnimmt und vertritt. Auch die BV Nördliche Luisenstadt beteiligt sich mit eigenen Beiträgen an der Ausstellung. Zudem werden dort zahlreiche Informationsmaterialien und Konzepte ausliegen. Am Eröffnungstag (Samstag, 21. Mai, 14 Uhr) werden außerdem zwei Führungen durch das Gebiet angeboten: Um 11 Uhr lädt der Historiker Eberhard Elfert zu einem Spreeufer-Rundgang ein, um 15 Uhr führt ein weiterer Rundgang mit dem Gebietsbetreuer KoSP GmbH zu Straßen, Plätzen und wichtigen Gebäuden im Gebiet. us

Ausstellungseröffnung am 21. Mai um 14 Uhr im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101 (u-Bhf. Heinrich-Heine-Straße), geöffnet von ca. 13.30–18 Uhr
Die Ausstellung wird noch bis Mitte Juni zu sehen sein.

Experimentdays 16: Austausch zu innovativen Wohnprojekten

Von 26. Mai bis 3. Juni finden bereits zum vierzehnten Mal die EXPERIMENTDAYS statt. Die Netzwerkveranstaltung legt in diesem Jahr den Schwerpunkt auf integrative Wohnprojekte. Berlin zieht viele Menschen aus unterschiedlichen Kontexten und Kulturen an. Vor diesem Hintergrund müssen dringend die Voraussetzungen geschaffen werden, um kostengünstiges und sozial nachhaltiges Bauen und Wohnen zu ermöglichen. Der Fokus der EXPERIMENTDAYS 16 liegt auf selbstorganisiertem, gemeinschaftlichem und experimentellem Wohnungsbau mit all seinen Qualitäten. Solche Wohnprojekte können der wachsenden Stadt helfen, die große Nachfrage zu bewältigen und weiterhin eine bedarfsorientierte und nachhaltige Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Unterschiedliche Akteure wie Genossenschaften, Baugruppen und -gemeinschaften, Initiativen, Planer, Architekten, Stiftungen etc. haben während der Projektstage die Möglichkeit, innovative Projekte zu präsentieren, miteinander in Erfahrungsaustausch zu treten, sich zu vernetzen und voneinander zu lernen. In Kooperation mit der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, der Netzwerkagentur GenerationenWohnen und der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin bieten die EXPERIMENTDAYS auch in diesem Jahr unterschiedliche Veranstaltungen wie die WohnProjekteBörse, Info-Runden, Workshops, Stadttouren sowie Exkursionen an. Insbesondere beim WohnProjekte-Tag am 28. Mai können sich Teilnehmer und Interessenten informieren und austauschen. Koordiniert werden die EXPERIMENTDAYS von »id22: Institut für kreative Nachhaltigkeit«.

EXPERIMENTDAYS 16, 26. Mai bis 3. Juni, Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimaweg 17 (Tiergarten), Haus 1, und andere Orte
Programm und weitere Informationen unter www.experimentdays.de



Spekulationsraum Stadtspre

Wenig Neues zur Eisfabrik und zur Otek

Ende März konstituierte sich das »Forum StadtSpree« aufs Neue. Im Jahr 2013 hatte es große Aktivitäten entfaltet und, unterstützt u.a. vom damaligen Stadtentwicklungssenator Michael Müller, drei große Veranstaltungen zur Zukunft des Stadtraums zwischen Jannowitz- und Schillingbrücke durchgeführt. Dabei sollten Grundstückseigentümer, Clubs, kulturelle Nutzer und Anwohner in einen Dialog treten und für die »Stadtgesellschaft« Perspektiven entwickeln, wie sich Kultur und Wohnen am Ort verträglich entwickeln können.

Zweieinhalb Jahre später muss man sich fragen, ob dieser Dialog tatsächlich so erfolgreich war, wie damals die Initiatoren behaupteten. Denn wesentliche Ziele wie die Entwicklung eines tragfähigen Konzepts für einen Kunstort auf dem Areal der ehemaligen Eisfabrik in der Köpenicker Straße 40/41 wurden nicht erreicht. Das liegt freilich nicht am mangelnden Engagement der Beteiligten, sondern an der geradezu explosionsartigen Entwicklung der Bodenpreise in der Berliner Innenstadt, die sich allein in den Jahren 2014 und 2015 verdoppelten. Im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt haben sie sich sogar mehr als verdoppelt.

In dieser Situation helfen auch die Sonderregeln in Sanierungsgebieten wenig. Eine Versagung von Grundstücksverkäufen bei überschrittenem Verkehrswert funktioniert eben nicht, wenn der Verkehrswert pro Jahr um 50% in die Höhe schießt. Dann wartet der Verkaufswillige lieber ab, im Falle der Eisfabrik die »TLG Immobilien«, die schon lange nicht mehr zur Treuhandanstalt des Bundes gehört, sondern inzwischen eine an der Börse notierte Aktiengesellschaft ist und sich überwiegend im Streubesitz befindet. Größter Einzelaktionär ist mit 13,33% die Investmentgesellschaft des Staates Singapur.

Die »Stadtgesellschaft« hatte zwischenzeitlich zwar durchaus Versuche unternommen, das Grundstück zu erwerben, die TLG hatte 2014 sogar ein explizites Bieterverfahren eingeleitet. Daran beteiligten sich auch Gruppen um kulturell ambitionierte Berliner Investoren. Gegen die globalisierte Finanzwelt half das allerdings nichts. Wenn Abwarten und Nichtstun mehr Rendite verspricht als Investieren oder Veräußern, dann wartet diese Welt eben ab.

Blockiert werden Entwicklungen aber auch aus anderen Gründen. Einer hat eine konkrete Adresse: In der Köpenicker Straße 147 veredelt die Firma Otek metallische Oberflächen mit galvanotechnischen Verfahren. Dabei hantiert sie zwangsweise auch mit Giften, was sie zum »Störfallbetrieb« nach den »Seveso-Richtlinien« der EU macht. Im Umkreis dürfen deshalb keine Wohnbauten, Schulen oder Kitas errichtet werden. Auch nicht auf dem BEHALA-Gelände hinter der Schillingbrücke in Kreuzberg, dem letzten größeren Gelände in kommunalem Eigentum an der Stadtspre. Zwar bemühen sich Bezirk und Senat um die Umsiedlung des Betriebes, der auch in der Oranienstraße 189 produziert und auch dort die Entwicklung der Umgebung behindert. Das würde aber erhebliche Summen erfordern – gerüchteweise 12 bis 14 Millionen Euro. Zwar würden auch andere Grundstückseigentümer wie etwa die Investmentgesellschaft, der das ehemalige Postfuhramt in der Köpenicker Straße 132 gehört, von so einer Umsiedlung profitieren. Davon dass sie sich an den Kosten beteiligen würden, wurde jedoch noch nichts bekannt, jedenfalls nicht beim »Forum StadtSpree«.

Dort stellte Mittes Bezirksstadtrat Carsten Spallek den aktuellen Verfahrensstand beim Spreeuferweg in der Nördlichen Luisenstadt vor. Sein Kollege Hans Panhoff aus Friedrichshain-Kreuzberg berichtete von zwei schon vor längerer Zeit durchgeführten Veranstaltungen zum Thema Lärm. Immerhin erfuhr man von einer Zusage der Deutschen Bahn gegenüber den Betreibern des Holzmarkts, weitere Maßnahmen zur Lärmvermeidung durchzuführen.

Das Forum StadtSpree soll künftig öfter stattfinden, das nächste Mal im Herbst, nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Im Stadteilladen »dialog 101« findet es angemessene Räumlichkeiten, in der »Stiftung ZukunftBerlin« hat es einen unabhängigen Träger und Organisator. Interessant ist es auch deshalb, weil hier ein bezirksübergreifender öffentlicher Dialog geführt werden kann. Themen gäbe es zuhauf: die Parkraumbewirtschaftung zum Beispiel, die im Verkehrskonzept für die Nördliche Luisenstadt gefordert wird, aber sicher auch Auswirkungen auf den Kreuzberger Teil der Luisenstadt hätte; der Tourismus und seinen Auswirkungen auf die Nachbarschaften, wozu sich bezirksübergreifend bereits mehrere Initiativen gebildet haben; oder auch die Frage nach Maßnahmen zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls, das insbesondere durch die zunehmende Präsenz von Drogenhändlern beeinträchtigt wird. cs

Kommentar

Berliner Baupanik

Es gibt derzeit zwei Ängste, die – rational gesehen – konträr sind und dennoch oft in kurioser Personalunion daherkommen: einerseits die Angst vor Verdrängung angesichts eines überspannten Wohnungsmarkts, der die Mieten hochtreibt. Die Nachfrage übersteigt seit Jahren das Angebot. Andererseits wird zugleich vehemente Abwehr gegen Wohnungsbauvorhaben laut, die doch eigentlich den Wohnungsmarkt entlasten könnten. Und weil man sich gegen Privatinvestoren schlecht wehren kann und Politikbashing im Zweifelsfall immer chic ist, richtet sich der Protest vorzugsweise gegen kommunale Projekte. Interessanterweise findet man die Personalunion beider Ängste und den heftigen Protest meist in der deutschen Mittelschicht und oft bei jenen, die selbst vor nicht allzu langer Zeit zugewandert sind. Auch sie haben die Stadt mitverändert: ob als Hausbesitzer oder -besitzer, Mieter, Eigentumswohnungskäufer, Baugrüppler. Einerseits ist man stolz auf das großstädtische Berlin, deshalb ist man ja selbst gekommen. Andererseits soll nun alles möglichst so bleiben, wie man es vorgefunden und sich eingerichtet hat: den Status quo wahren. Echte Großstädte wie Berlin kennen aber keinen Status quo – schon deshalb eben, weil ständig neue Leute ankommen. Und man kann ja schlecht eine neue Mauer bauen.

Dabei hört man in öffentlichen Debatten eher selten jene, die wirklich verzweifelt eine bezahlbare Wohnung suchen – Familien mit Nachwuchs, Geringverdiener, Migranten, auf Sozialhilfe Angewiesene. Man hört auch nicht jene, die sich mit mehreren Personen 70 Quadratmeter teilen müssen (während andere allein 100 qm ihr eigen nennen). Stattdessen dominieren die Stimmen des Mittelstands, der seine Ängste, Bedenken und Einwände formuliert, gern mit ökologischen Argumenten. Da geht es um Stadtbäume, Nistplätze für

Spatzen, Kleingärten, Spielplätze oder Kaltluftschneisen. Es klingt, als solle demnächst die ganze Stadt zubetoniert werden. Gewarnt wird vor zu hoher Verdichtung in der Innenstadt, vor Hochhäusern, vor Banlieues, vor Umlandzersiedelung. – Aber Großsiedlungen müssen keine Banlieues sein: Es kommt auf die Belegung an, auf städtebauliche Qualität, Anbindung und Infrastruktur. Hochhäuser (wir reden hier nicht von Wolkenkratzern) sind nicht per se Horte der Verwahrlosung, sondern können Erschließungskosten sparen und den Flächenverbrauch schonen – mehr als zahllose Reihenhaussiedlungen in grünen Randgebieten. Und serielle Bauweise ist nicht automatisch monotoner Plattenbau, sondern erstmal eine Technologie, um kostengünstig und effizient Wohnraum für viele zu schaffen. Nicht jeder Parkplatz ist eine wertvolle Kaltluftschneise, nicht jede Brachfläche ein hoch genutzter Freiraum. Und es gibt noch viele Ressourcen: nicht genutzte Gewerberäume und Gewerbeflächen beispielsweise, oder unerschlossene Flächen am Rand zu Brandenburg. Nicht zu vergessen das enorme Potenzial, das Berlin als traditionell polyzentrale Stadt bietet: Es gibt auch Leben außerhalb des S-Bahn-rings. Und es gibt viele ältere Menschen, die gern ihre zu groß gewordene Wohnung für junge Familien freimachen würden, wenn sie denn eine bezahlbare kleinere Wohnung fänden.

Dass Berlin wächst, ist kein neues Phänomen, nur weil die Stadt ein paar Jahrzehnte stagnierte. Berlin erzählt an jeder Ecke von seiner Tradition als Zuwandererstadt und auch davon, wie man damit umgehen kann. Lustig ist es, dass etliche der heutigen Bedenkenträger bevorzugt in Gründerzeitbauten wohnen, die heute beliebt und teuer sind und damals eine Reaktion auf die Bevölkerungsexplosion während der industriellen Revolution waren.

Berlin hat schon viele Krisenzeiten bewältigt. Die letzte ist gerade mal 20 Jahre her, als die Stadt die Folgen der Wiedervereinigung schultern und die Teilung überwinden musste bei gleichzeitiger Deindustrialisierung, grassierender Arbeitslosigkeit, einem immensen Schuldenberg. Kaputtgegangen ist der Laden trotzdem nicht. Auch dank der Gelassenheit und des unaufgeregten Pragmatismus der Berliner. (Siehe Seite 6/7) us

Bildecke





Ch. Eckelt

Die dritte Gründerzeit

»Alle wollen wohnen«: Auf dem letzten Stadtforum ging es um neuen Wohnraum in der wachsenden Stadt

Etwa 500 Interessierte waren gekommen, die kleine Arena des Tempodrom überfüllt – was die Brisanz des Themas nochmals verdeutlichte. »Alle wollen wohnen« war das Motto des jüngsten Stadtforums Anfang April. Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel zeigte sich auch hier als Freund klarer Worte – in seinem Einführungsvortrag benannte er prägnant die dringlichsten Probleme, mit denen sich Berlin als rasant wachsende Stadt konfrontiert sieht und für die in der Stadtentwicklung schnell tragfähige Lösungen gefunden werden müssen.

In den letzten fünf Jahren ist Berlin unterm Strich um 220.000 Einwohner gewachsen – so viele, wie beispielsweise in Erfurt leben. Bis 2020 werden nochmals ca. 145.000 hinzukommen, so die Prognose. Berlin steuert also zügig die 4-Millionen-Marke an, binnen 10 Jahren wäre es bis 2020 insgesamt um eine Stadt von der Größenordnung Bochums gewachsen. Es sei dabei wenig hilfreich, so Geisel, den Zugang zu problematisieren nach dem Motto »Muss das denn sein« – vielmehr entspricht das einer globalen Entwicklung: Weltweit drängen die Menschen in die Ballungszentren. In Berlin sind dies keineswegs nur Flüchtlinge: Die Neuberliner kommen zu großen Teilen aus anderen deutschen Regionen oder dem europäischen Ausland. Dabei stehen weniger die Sozialsysteme unter Druck (die Erwerbstätigenquote steigt stärker als die Einwohnerzahl), wohl aber der Wohnungsmarkt, denn: »Alle wollen wohnen«.

Die Spekulationsblase bremsen

Doch der Markt hält mit dem Wachstum nicht Schritt, die Nachfrage übersteigt das Angebot, die Mieten und Grundstückspreise explodieren. Berlin braucht also schnell neuen und vor allem preiswerten Wohnraum – ca. 100.000 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren, prognostiziert die Senatsverwaltung. Im Jahr 2015, so Geisel, wurden für 22.500 Wohnungen Neubaugenehmigungen erteilt, davon wurden bislang 12.500 fertiggestellt. Notwendig wären aber ca. 20.000 realisierte neue Wohnungen pro Jahr, und das mehrere Jahre in Folge. Deshalb sei auch die Wohnungsbauförderung wieder eingeführt worden. Dringend benötigt werden Sozialwohnungen, in diesem und

Neubau der Wohnungsbaugenossenschaft Berolina in der Luisenstadt

dem nächsten Jahr werden insgesamt 5.500 gefördert, doch das reicht noch nicht, ab 2018 müssten es jährlich 5000 sein, sagte Geisel. Laut Berliner Mieterverein hätten 55% der Berliner Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Hinter den Zahlen stehen mehrere Probleme, auch dies führte der Senator aus: Erstens: Es dauert zwei bis drei Jahre, bis ein Bau realisiert ist. Zweitens bedeutet eine Baugenehmigung noch nicht, dass ein Privatinvestor auch wirklich baut: 40% der erteilten Genehmigungen werden nicht umgesetzt, aus spekulativen Gründen. Denn ein Grundstück mit Baugenehmigung verkauft sich noch lukrativer – und von Jahr zu Jahr immer teurer: Die Grundstückspreise stiegen allein 2014 um 30%, 2015 nochmals um satte 50%. Für Grundstückseigentümer verdoppelt sich binnen zwei Jahren also das Vermögen schon, ohne dass sie auch nur eine Hand rühren müssten. »Wir müssen etwas bei der Grunderwerbssteuer tun, um diese Spekulationsblase zu bremsen«, sagte Geisel, »sonst brauchen wir über preiswertes Wohnen gar nicht reden.«

Wo kann gebaut werden?

Doch auf welchen Flächen soll und kann gebaut werden? Die Senatsverwaltung hat stadtweit ein Potenzial von 1300 Standorten für insgesamt 150.000 Wohnungen ermittelt, dazu 10 weitere Standorte für 50.000 Wohnungen. Soweit die Theorie. In der Praxis sind Änderungen des Flächennutzungsplanes notwendig, müssen mehr Bebauungspläne bearbeitet werden, wofür jetzt eine »Task Force« mit 50 zusätzlichen Stellen aufgestellt wird. Angesichts des Engpasses an preisgünstigen Flächen wird auch darüber nachgedacht, mehr Sanierungsgebiete auszuweisen, in denen das Land die Preisentwicklung noch etwas kontrollieren kann. Doch auch Kaufpreisüberprüfungen nutzen nicht viel, wenn die Bodenrichtwerte und Immobilienpreise insgesamt explodieren.

Das macht es auch für Genossenschaften schwer, die gern mehr preiswerten Wohnraum errichten würden, um zur Lageentspannung beizutragen. Doch wo, wenn innerstädtische Grundstücke langsam unerschwinglich werden?

Natürlich rächt sich jetzt die jahrelange Privatisierungspolitik des Senats bei Grundstücken und landeseigenen Wohnungsbeständen seit den 90ern. Viel hängt nun davon ab, wie Berlin künftig seine Grundstücks politik und dem Umgang mit landeseigenen Flächen gestaltet, auch Gewerbeflächen müssen auf ihre Potenziale geprüft werden.

Sicher ist, dass sozialer Wohnungsbau und preiswerte Wohnungen in Größenordnungen nur durch die öffentliche Hand, sprich: städtische Wohnungsbaugesellschaften oder aber durch Genossenschaften entstehen wird. (Zum Vergleich: In Wien, das vergleichbare Zuwachsraten verzeichnet, leben 60% der Bevölkerung in städtischen Sozialwohnungen. Städtische Bauvorhaben dominieren.)

Die Praxis zeigt aber auch, dass dort, wo das Land Berlin selbst bauen könnte, sich oft Widerstand von Anwohnern formiert. Hier wird Geisel deutlich: Wenn die Nachfrage deutlich das Angebot übersteigt, könne man nicht einerseits die Mietpreisdämpfung fordern und andererseits städtischen Neubau in der Innenstadt blockieren. Wenn man Verhältnisse wie in London und Paris vermeiden wolle, wo das Wohnen in der Innenstadt zum Luxus geworden ist und Ärmere an die Peripherie gedrängt werden, und wenn man die Berliner soziale Mischung erhalten will, müsse man jetzt gegensteuern – mit preiswertem Neubau und Nachverdichtungen auch in der Innenstadt.

Sorgsamer Flächenumgang, höher und effizienter bauen

Immerhin städtische 44% Berlins sind Grün- und Freiflächen – fast die Hälfte der Stadt. Das ist einerseits ein großer Reichtum, auf den andere Großstädte eher staunend blicken. Andererseits gibt es dabei auch (immer noch bedingt durch die frühere Teilung) sehr viel Brachraum, der für Bebauungen in Frage käme. In diesem Zusammenhang verwies Geisel auf das Landschaftsprogramm, dessen Aktualisierung der Senat im April beschlossen hat. Es weist wichtige Grünzüge und Flächen aus, die geschützt bzw. weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Damit wollte Geisel wohl auch jenen Kritikern antworten, die gern ökologische Argumente gegen Neubebauungen ins Feld führen. Dabei ist die Grünbilanz der Stadt alles andere als bedenklich – man darf bei der Gelegenheit auch daran erinnern, dass in den letzten Jahren erhebliche (Förder)Mittel in die Erneuerung, Erweiterung bzw. Neuanlage zahlreicher innerstädtischer Grünflächen und Parks geflossen sind.

Um wichtige Grünressourcen weiter schonen zu können, so Geisel, ist – und das ist der nächste wichtige Punkt – ein sorgsamer Umgang mit dem Flächenverbrauch nötig. Das bedeute auch, teilweise dichter und höher zu bauen als bisher. Zum anderen müsse man Vorurteilen gegen den seriellen Wohnungsbau (»Platte 2.0«) begegnen: Dieser sei notwendig, um effektiv und zügig zu bauen – entscheidend seien die Qualität und die städtebauliche Gestaltung. Dabei verwies Geisel auch auf Berliner Siedlungsbauten der 20er Jahre, die heute zum Weltkulturerbe gehören: überzeugende Beispiele, wie man auf eine Gründerzeit mit nachhaltigem und qualitätsvollen sozialen Wohnungsbau reagieren kann. Heute geht es außerdem darum, auch auf veränderte Anforderungen an Infrastruktur und Mobilität, Wohn- und Arbeitsformen und auf die demografische Entwicklung mit immer mehr älteren Bewohnern zu reagieren. Mit anderen Worten: Über die Qualität einer sozialen Wohnsiedlung entscheidet nicht per se die schiere Bewohnerzahl oder die Lage, sondern eine kluge stadtplanerische Gestaltung, vielfältige und flexible Wohnungsschnitte für unterschiedliche Nutzer von Singles über Familien bis zu Senioren, die Mischung von Wohn- und Arbeitsräumen, die infrastrukturelle Ausstattung mit Kitas, Schulen, Einzelhandel, Freiflächen und eine gute Erschließung mit dem ÖPNV.

Die neue Klassenfrage – Dienstleistungsproletariat und Spaltung der Mittelschicht

Berlin, darin waren sich viele Diskussionsteilnehmer einig, erlebt nun eine dritte Gründerzeit, hat aber eben auch schon eine erste und zweite bewältigt. Die gesellschaftliche Herausforderung für Berlin beschrieb der renommierte Soziologe Heinz Bude (der in seinem neuen Buch »Das Gefühl der Welt« die Entstehung und Auswirkungen kollektiver Stimmungen analysiert). In seinem Vortrag attestierte er Berlin eine »Baupanik« – mithin die Beunruhigung angesichts der neuen Zuwanderung.

Der Soziologe sieht für die nächsten 30 Jahre einen neuen »Trend«: Während die Ungleichheit zwischen unterschiedlichen Gesellschaften abnimmt, wächst sie gleichzeitig innerhalb einer Gesellschaft. Bude spricht hier von einer »neuen Klassenfrage«. In den letzten 20 Jahren seien in Deutschland zwei neue Spaltungen zu beobachten. Zum einen entstehe ein neues Proletariat – das der Dienstleister, etwa in der Pflege oder im Transport. Sie arbeiten zwar in »nicht-prekären« Jobs (also Vollzeit, unbefristet und sozialversichert) – aber ihr Nettoeinkommen ist niedrig, im Schnitt um die 1000 Euro, und sie haben keine Aufstiegsmöglichkeiten.

Zum anderen spalte sich die bisherige Mittelschicht in eine obere, der es immer besser gehe (Beispiel: das Paar mit gutbezahlten Jobs und mit Kindern, das sich eine 900.000 Euro teure, große Eigentumswohnung in Kreuzberg leisten kann), und eine zunehmend prekäre, verunsicherte »untere« Mittelschicht (Beispiel: der Architekt mit 1000-Euro-Mietwohnung in Kreuzberg) – mithin die erste »Gentrifizierer«-Generation, die sich nun vor Verdrängung fürchtet. Man könnte hinzufügen, dass sich die Mittelschicht auch in einer weiteren Hinsicht spaltet: in jene mit nennenswerten Erbschaften (meist West) und jene ohne (in der Regel Ost). – Hinzu kommt, dass auch hochgebildeten Haushalten Altersarmut droht. Bude sieht die Angst auch als Thema für den Städtebau – die Frage sei, wie man mit diesen neuen Spaltungen umgehe. Zugleich aber zeigte er Zuversicht: »Berlin kann diese Probleme lösen, weil es ein politisch-soziales Bewusstsein gibt.«

Mehr dazu im Internet unter

www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtforum

Hier sind auch die Diskussionsbeiträge zum begleitenden Blog nachzulesen. Die Vorträge von Andreas Geisel und Heinz Bude sind als Video abrufbar.

Das nächste Stadtforum findet am 20. Juni statt.

Ein Eintrag aus dem Internet-Diskussionsforum:

»Berlin ist eine wachsende Stadt – das ist auch gut so! Es zeigt, dass Berlin eine Zukunft hat und es auch wieder wirtschaftlich aufwärts geht. Bis auf die Jahrzehnte nach dem Krieg und der Teilung ist Berlin immer gewachsen, sonst wäre Berlin heute noch ein unbedeutendes Dorf. Man muss sich erst wieder an den Zustand des Wachstums gewöhnen. Im Vergleich zu anderen Metropolen in der Welt ist das Wachstum aber bescheiden, trotzdem erzeugt es Konflikte. Wir brauchen neue Wohnungen in der Innenstadt und am Stadtrand- es wird zwangsläufig enger werden! Na und? Halt echte Großstadt! Die Infrastruktur muss mitwachsen. Man wird nicht jede Frei- und Grünfläche erhalten können. Ich bin kein Politiker, aber das Gemaule vieler Ansässiger kann ich nicht nachvollziehen. (...) Leider entstehen zu viele Eigentumswohnungen – dies liegt aber daran, dass die meisten Grundstücke im Privatbesitz sind.«



Ch. Eckelt

Wohnsiedlung Carl-Legien, Prenzlauer Berg, Bruno Taut, 1928–1930

Rad-Vorrangrouten auf Nebenstraßen?

Der BUND Berlin hat andere Vorstellungen als der »Volksentscheid Fahrrad«

Im Mai beginnt die erste Phase des »Volksentscheid Fahrrad«. Rund 20.000 gültige Unterschriften müssen für ihren Erfolg gesammelt werden. Kaum einer zweifelt daran, dass das weit schneller als in der vorgegebenen Frist von sechs Monaten gelingen wird. Denn viele Organisationen unterstützen das Anliegen: z.B. der ADFC Berlin, Greenpeace, der Fachverband Fußverkehr FUSS e.V. oder der Fahrgastverband Pro Bahn.

Der Radverkehr in Berlin hat in den letzten Jahren stark zugenommen – vor allem in der Innenstadt. Wer Amsterdam, Kopenhagen oder Stockholm besucht, merkt jedoch deutlich, dass wir hier noch weit von einer fahrradfreundlichen Stadt entfernt sind. Es besteht politischer Handlungsbedarf, der sich jetzt im Volksentscheid manifestiert.

Das sieht auch Tilo Schütz so, der Radverkehrsexperte des Bund Umwelt und Naturschutz (BUND) Berlin. Allerdings hält er den Gesetzesvorschlag des Volksentscheides für wenig hilfreich. »Rein quantitative Vorgaben zu Radschnellwegen oder Fahrradstraßen helfen bei der Durchsetzung vor Ort nicht weiter.« Tilo Schütz ist in vielen »FahrRäten« aktiv, Beratungsgremien, in denen sich Politik, Verwaltung und Fachöffentlichkeit regelmäßig über die aktuelle Radverkehrsprojekte austauschen, er wirkt unter anderem im FahrRat der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und im FahrRat des Bezirks Mitte mit. »In der Praxis scheitern viele Projekte nicht am mangelnden Wohlwollen der Politik, sondern an den lauten Protesten von Anwohnern, sobald irgendwo ein Parkplatz entfallen soll«, erzählt er. Deshalb befürchtet er, dass ein Volksentscheid nur weiter polarisieren wird. »Es wäre sinnvoller gewesen, ein breites Bündnis des Umweltverbundes, also mit Fußgängern und Fahrgästen gemeinsam, herzustellen. So tritt der Radfahrer wieder als Einzelkämpfer auf.«

Der Volksentscheid fordert unter anderem Radverkehrsanlagen an allen Hauptstraßen, »Grüne Wellen« für Radfahrer sowie den Bau von acht bis zehn kraftfahrzeug- und (möglichst) ampelfreien »Rad-

schnellwegen« von mindestens fünf Kilometern Länge. Tilo Schütz, der für den BUND auch einen Fahrradstadtplan ausarbeitet, kennt jeden Winkel der Stadt aus der Radfahrerperspektive. »Solche Radschnellwege lassen sich vielleicht in den Außenbereichen Berlins anlegen. Aber in der hochverdichteten Innenstadt, wo der meiste Radverkehr herrscht, gibt es kaum Trassen dafür.« Deshalb schlägt er im Einklang mit dem BUND »Berliner Rad-Vorrangrouten« vor, die vor allem über Nebenstraßen verlaufen. Wo es geht, sollen diese zu »Radstraßen« gewidmet werden, in denen KFZ höchstens für den Anliegerverkehr unterwegs sein dürfen. Eine Musterroute führt von Tegel über das künftige Kurt-Schumacher-Quartier, die Beuth-Hochschule, den Nordbahnhof, den Schlossplatz, Kreuzberg und Neukölln bis zur Wissenschaftsstadt Adlershof und hat Abzweige zum künftigen Forschungspark TXL und in die Gropiusstadt. »Diese Route führt also mittenlang durch Gebiete, in denen viele Berliner wohnen, arbeiten oder studieren.«

Die Reisegeschwindigkeit der Radfahrer soll auf der Vorrangroute erhöht werden, indem man die Wartezeit an Kreuzungen reduziert. Auf bis zu drei Kreuzungen hintereinander dürfe auf Nebenstraßen Rechts vor Links aufgehoben und Vortritt gewährt werden, ohne dass die Straße Vorfahrtsstraße werden muss. Das reicht in der Regel bis zur nächsten Kreuzung mit einer Hauptstraße. »Natürlich macht der Vorrang dann die Radstraße auch für Autofahrer attraktiv, aber nur dann, wenn sie hier nicht ständig Pulks von Radfahrern hinterherfahren müssen«, erklärt Tilo Schütz.

An Kreuzungen mit Hauptstraßen könnten etliche Ampeln durch Kreisverkehre ersetzt werden, anderswo schlägt Tilo Schütz den Bau von breiten Mittelinseln vor, auf denen Radfahrer halten und warten können: »Dann können sie ohne Lichtsignalanlage die beiden Richtungsfahrbahnen der Hauptstraße nacheinander überqueren und müssen nicht warten, bis die gesamte Fahrbahn frei ist.« Auf der rund 17,5 Kilometer langen Kernstrecke zwischen Kurt-Schumacher-Damm und Britz käme die Rad-Vorrangroute mit lediglich 16 Ampelanlagen aus, bei elf Kreisverkehren und 5 Mittelinseln. Rund die Hälfte dieser Strecke verläuft über Fahrradstraßen, ein knappes Viertel sogar auf eigenen Radbahnen, wo motorisierter Verkehr generell nicht zulässig ist. Nur gut ein Viertel wäre auf Radstreifen am Fahrbahnrand angesiedelt, z.B., weil man Nebenstraßen mit BVG-Busverkehr nicht in Radstraßen umwidmen kann.

Ähnliche Routen kann sich Tilo Schütz auch andernorts vorstellen: zum Beispiel eine aus Charlottenburg über die Turmstraße, den Sportpark Poststadion, die künftige »Europa-City« und eine bereits geplante neue Brücke über den Kanal bis zum Kreisverkehr unter der Liesenbrücke, wo sie auf die schon ausgearbeitete Nord-Süd-Route trafe. Natürlich würde die konkrete Umsetzung längere Zeit in Anspruch nehmen, vor allem auch, weil die zweistufige Verwaltung in Berlin solche Projekte nicht gerade erleichtert: Für die Nebenstraßen sind die Bezirke zuständig, die Übergänge an den Hauptstraßen jedoch unterstehen der Verkehrslenkung Berlin.

Immerhin hat Senator Andreas Geisel inzwischen die Einrichtung eines landeseigenen Betriebes für den Bau und Betrieb von Radwegen angekündigt – ähnlich der Grün Berlin GmbH, die zahlreiche Parks in Berlin betreut. Die Planung und Einrichtung von Rad-Vorrangrouten wäre doch eine nette Aufgabe für diese neue Institution!

cs

Die Broschüre »mittenlang Radschnellverbindungen und Berliner Rad-Vorrangroute« kann man auf der Website des BUND Berlin herunterladen:

www.bund-berlin.de, Presse, Pressemitteilungen, 12. April 2016

Kreuzberg oder Mitte?

Das Café am Engelbecken ist auch bei Regenwetter ein Erlebnis



Ch. Eckelt

Viele halten es für eine Goldgrube. Das »Café am Engelbecken« liege so spektakulär, dass man dort auch ohne große Anstrengungen reich werden könne, heißt es. »An manchen Tagen stimmt das sogar«, gibt Akin Aydogan zu. »Wenn am Wochenende die Sonne scheint und fast alle 300 Plätze besetzt sind, drängt sich natürlich der Eindruck auf,« erklärt der Mitinhaber des Cafés. Dann zieht es nicht nur die Luisenstädter, egal ob aus Kreuzberg oder Mitte, ans Engelbecken, wo man windgeschützt draußen sitzen und vor allem den Blick über die Wasserfläche genießen kann. Der hat etwas ungeheuer Entspannendes, was wohl daran liegt, dass wir im Grunde genommen in Höhlen und Schluchten gefangene Steppenaffen sind, die ab und zu einen solchen Blick einfach brauchen. Den hat man am Engelbecken übrigens auch bei Regenwetter. Wenn das Wasser von Regentropfen gekräuselt wird und das Schilf hin und her wogt, entfaltet sich hier eine ganz besondere »Haus-am-See-Stimmung« – man fühlt sich fast wie draußen in Brandenburg.

»Schreib das!«, sagt Akin. »Denn bei Regen herrscht hier oft wenig Betrieb.« Dann wird die »Beckenlage« zum Nachteil. Denn von der Straße aus nimmt man das Café nur wahr, wenn man sich über die Brüstung des Engelbeckens lehnt. Und dann muss man noch treppab und im Regen über Pfützen hinweg: Das Café am Engelbecken ist ein typischer Schönwetter-Betrieb. Das stellt Anforderungen an das Management, denn man braucht flexibles Personal. »Im Sommer arbeiten hier etwa 25 bis 30 Leute, die teilweise auch auf Abruf kommen, wenn es sehr voll ist. Im Winter sind wir nur zu sechst. Dennoch zahlen wir im Winter drauf – ohne die Überschüsse des Sommers würden wir nicht über die Runden kommen.« Im Sommer kann Akin sich auf ein Kernteam von 12 bis 14 Mitarbeitern verlassen, die jedes Mal zum Saisonbeginn wiederkommen. »Das ist schon ein richtiger Freundeskreis.« Dazu kommen noch andere, die vom Team eingearbeitet werden. »Die Arbeit ist nicht einfach«, sagt Akin Aydogan: »Der Job kann ziemlich anstrengend sein, wenn es voll ist. Von der Bar aus sind es 60 Meter bis zum weitest entfernten Tisch, da tun einem die Füße schon mal weh. Ich habe vorher selbst jahrelang in der Gastronomie als Angestellter gearbeitet und weiß, wie das ist, wenn Stress herrscht, etwas schiefgeht und der Chef dich dann auch noch anblökt. Hier lasse ich es das Team unter sich selbst regeln.« Das scheint im Café am Engelbecken gut zu funktionieren. Dabei hilft die gemeinsame Trinkgeldkasse, die nach der Schicht gleichmäßig unter den Mitarbeitern vor und hinter dem Tresen aufgeteilt

wird. Auch der Barmann und die Küchencrew bekommen ihren Anteil. »Die Berliner geben oft gutes Trinkgeld, bei den Touristen kommt es darauf an, wo sie herkommen«, erzählt Akin. »Italiener, Spanier und Franzosen geben oft gar nichts, weil sie daran gewohnt sind, dass der Service schon in die Rechnung eingepreist ist. Amerikaner sind dagegen meist sehr großzügig.«

Touristen entdecken das Café meist auf einer Wanderung entlang des ehemaligen Mauerstreifens, ihre Anzahl hat stark zugenommen: Seit der Eröffnung des Cafés im Jahr 2005 haben sich die Übernachtungszahlen in Berlin mehr als verdoppelt. Das merkt man natürlich auch am Engelbecken. Wenn man an einem schönen Tag die Terrasse entlang spaziert, hört man viele Sprachen. Und oft hört man Türkisch: Hier kommt eine sehr bunte Mischung aus Jüngeren und Älteren, Berlinern aus Ost und West sowie aus Gästen der Stadt zusammen. Das Café befindet sich in einer geschützten Grünanlage auf öffentlichem Grund. Nur im begründeten Ausnahmefall, wenn »öffentliches Interesse« vorliegt, genehmigt der Bezirk eine solche Einrichtung. Am Engelbecken wurde eine Ausnahme gemacht, weil durch den gastronomischen Betrieb die soziale Kontrolle in dem von außen schwer einsehbaren Becken gewährleistet wird. Deshalb muss es ja auch im Winter täglich öffnen, obwohl sich das wirtschaftlich eigentlich nicht rechnet.

Liegt das Café gefühlt eher in Mitte oder in Kreuzberg? Akin Aydogan zögert, bevor er die Frage beantwortet: »Für mich ist das mehr Mitte. Ich bin ja in Kreuzberg aufgewachsen, in der Muskauer Straße, Kreuzberg ist für mich der Heinrichplatz, das hier ist schon etwas anderes.« Aus Mitte heraus kann man das aber auch anders sehen. Wie am Hackeschen Markt geht es am Engelbecken jedenfalls nicht zu. Man kann sich darauf einigen: eine Zwischenwelt zwischen Kreuzberg und Mitte, wie es das Engelbecken eigentlich immer war – ob als Wendebecken des Luisenstädtischen Kanals, als Schmuckgarten oder später als Teil des Todesstreifens. Nur dass es hier jetzt natürlich viel schöner ist.

cs

Café am Engelbecken, Michaelkirchplatz/Engelbecken

Telefon (0157) 75 43 17 95

Mo–So 10–24 Uhr, oft auch länger

Ende Oktober bis Ende Februar: Mo–So 10–20 Uhr,

dann kann das Café auch für Veranstaltungen gemietet werden.



Ch. Eckelt



»Ärgern Sie uns ein bisschen!«

Seit 25 Jahren engagiert sich der Bürgerverein Luisenstadt für das Gebiet

25 Jahre – ein beachtliches Alter für einen aktiven Bürgerverein. Und so war die Jubiläumsfeier des Bürgervereins Luisenstadt, die am 15. April im Café am Engelbecken begangen wurde, auch überaus gut besucht. Nicht nur Vereinsmitglieder und Freunde waren gekommen, auch die lokale Politprominenz gratulierte. Die Bezirksbürgermeister von Kreuzberg und Mitte, Monika Herrmann und Christian Hanke, würdigten die Arbeit des Vereins, ebenso die Stadtentwicklungsstadträte beider Bezirke, Hans Panhoff und Carsten Spallek. Denn der Verein wirkt an einem historisch besonderen Ort, an der unmittelbaren Schnittstelle von Mitte und Kreuzberg. »Zwei Verwaltungsbezirke, aber ein Sozialraum«, beschrieb Mittes Bürgermeister Hanke die besondere lokale Situation. Die historische Luisenstadt war durch die Berliner Teilung zerschnitten worden, der nördliche Teil gehörte nun zum Ostberliner Bezirk Mitte, der südliche zum Westberliner Bezirk Kreuzberg. Die Mauer samt Postenweg und Wachturm verlief diagonal über das Engelbecken, eine Kirche, die den Krieg mit Schäden überstanden hatte, wurde gesprengt. Nach dem Mauerfall 1989 fanden sich schon bald engagierte Bürger, die an diesem konkreten Ort die 40-jährige Teilung und ihre Spuren überwinden wollten. Am 6. März 1991 gründeten Mitglieder der Bürgerinitiative Luisenstadt (Ost) und Bürger aus SO 36 (West), dazu Vertreter der Büchereien und der Kirchengemeinden, den Bürgerverein Luisenstadt e.V. Dessen Anliegen war, historische Spuren freizulegen und fast Vergessenes wieder sichtbar zu machen, zum anderen aber auch, Gegenwart und Zukunft aktiv mitzugestalten – mit der Stärkung von Nachbarschaften und der Entwicklung gemeinsamer Ziele für die soziale und städtebauliche Entwicklung. Volker Hobrack, von Anfang an im Verein aktiv und Vorstandsmitglied, ließ bei der Feier noch einmal die ersten Jahre Revue passieren, als sich der Verein zunächst in Büchereien oder Räumen der Kirchengemeinden traf. Eine Weile hatte er dann sogar einen kleinen Stadteilladen, der jedoch wegen Mieterhöhung wieder aufgegeben werden musste. Dann stellte die Wohnungsbaugenossenschaft Berolina Räume zur Verfügung, in denen der Verein noch heute arbeitet. Zu den ersten großen Projekten gehörten die Wiederherstellung des Luisenstädtischen Kanals und des Engelbeckens als Grün- und Erholungsräume. Mit der Rekonstruktion dieser historischen Orte wurde zugleich die Brache des einstigen Todesstreifens wieder belebt und die Lücke zwischen beiden Stadträumen geschlossen. Für die Kreuzberger Bürgermeisterin Herrmann ist das Engelbecken »ein Highlight

des Zusammenwachsens«, wobei dankenswerterweise die Mauermarkierungen sichtbar blieben – »gegen das Vergessen«. Die Aktivitäten des Vereins mit inzwischen ca. hundert Mitgliedern waren und sind vielfältig: thematische Führungen durchs Gebiet, die Organisation des jährlichen beliebten Kiezfestes, Veranstaltungen zum »Tag des offenen Denkmals«, Beratung und Nachbarschaftshilfe, Arbeit mit Zeitzeugen, die Begleitung des »Stolpersteine«-Projekts – erst Ende April wurden in der Nördlichen Luisenstadt wieder neue Stolpersteine verlegt, die an jüdische deportierte Bürger erinnern. All das wird weitgehend ehrenamtlich geleistet. Seit seiner Gründung beteiligt sich der Verein auch aktiv an aktuellen Debatten, die das Quartier betreffen – dazu gehören beispielsweise Grünflächengestaltung wie der Spreeuferweg, die Verkehrsplanung, die Infrastruktur. Damit ist er dem Bezirk ein nicht immer bequemer, aber konstruktiv-kritischer Partner. Bezirksstadtrat Spallek würdigte das: »Ärgern Sie uns ein bisschen, machen Sie weiter so!« Und Kreuzberger Bezirkspolitiker erhoffen sich wohl etwas beispielhaften Beistand – denn wenn es dort um Neugestaltungsdebatten geht, beispielsweise am Fraenkelufer, formiert sich gern auch die wenig konstruktive Konservierungsfront. Mittes Bürgermeister Hanke sprach auch über neue Herausforderungen – wie die Gesamtstadt erlebt der Bezirk derzeit ein deutliches Wachstum durch eine steigende Geburtenrate, aber auch durch neu Hinzuziehende. Dabei, so Hanke, dominiere der innerdeutsche Zuzug (am stärksten aus Hamburg) sowie aus dem europäischen Ausland, hier vor allem aus Spanien. Auch in Mitte werde es neuen Wohnraum und Nachverdichtungen im Bestand brauchen. In der Nördlichen Luisenstadt bauen neben Privatinvestoren u.a. bereits die Genossenschaft Berolina und die WBM, die weitere Vorhaben plant. Ein wichtiges Anliegen des Bürgervereins ist die Pflege des Grüns und öffentlichen Raums. Ein wunder Punkt, der Bezirk hat seit Jahren kaum noch Geld für die Unterhaltung und Pflege von Grünflächen. Mit zahlreichen Arbeitseinsätzen und Subbotniks kämpft der Verein immer wieder gegen Müll, Schmierereien und Vandalismus wie am Engelbecken, wo wiederholt auch das Schwanenhäuschen repariert werden musste. Auch das meinte Kreuzbergs Baustadtrat Panhoff, als er anmerkte: »Ich fürchte, Sie werden hier noch 25 Jahre so weitermachen müssen.« us

Mehr Infos und Veranstaltungshinweise unter www.buergerverein-luisenstadt.de

Donnerstag, 9. Juni: Ein Denkmal für Otto Lilienthal
Die Betroffenenvertretung und der Bürgerverein Luisenstadt laden zu einer Veranstaltung zum Flugpionier Otto Lilienthal ein, der in einem Fabrikgebäude in der Köpenicker Straße er seine Flugmodelle entwickelt hatte. Doch nur eine unscheinbare Stele erinnert bislang an ihn. Hans Ullrich Fluß vom Technik Museum Berlin hält einen Vortrag zur Biografie Lilienthals, der Autor Falko Hennig stellt Beispiele von Lilienthal-Denkmalern an anderen Orten vor, Peter Schwoch zeigt, wie Lilienthal international geehrt wird. Anschließend kann diskutiert werden, wie das Erinnern an Otto Lilienthal in der Luisenstadt aussehen könnte.
9. Juni, 18 Uhr, Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101

Samstag, 21. Mai, 11 Uhr, Köpenicker Straße 8
Werkstattbesuch beim Gitarrenbauer Lutz Heidlindemann mit anschließendem Rundgang über das Grundstück und Besuch des Zweiradmuseums mit dem Architekten Stefan Klinkenberg
Treffpunkt: Eingang Köpenicker Straße 8

Facebook & Co

Die Berufsschule Rudi Arndt in der Michaelkirchstraße (Teil II)

Die Geschichte der BS Rudi Arndt zu schreiben, ist deutlich schwieriger als erwartet. Denn während im Internet die absonderlichsten Spezialgebiete mit Fakten, Seiten, Fotos und Zeitzeugen präsentiert werden, findet man keinerlei zuverlässige Angaben zur »Berufsschule Rudi Arndt, Bildungsstätte der Druckerei Neues Deutschland«, meistens kurz BS Rudi Arndt genannt, in der Michaelkirchstraße 17.

Es gibt eine Facebook-Seite unter diesem Namen, und da ich auch eifriger Facebooker bin, war ich mir sicher, sehr leicht an zuverlässige Angaben zu der Ausbildungsstätte zu kommen (an der auch ich gelernt hatte). Doch meine Anfrage an den Betreiber des Kontos blieb unbeantwortet – vielleicht hatte sich derjenige, der 2011 diesen Account eingerichtet hatte, inzwischen von Facebook abgewandt. Schon damals hatte jemand den anonymen Herrn gefragt: »Sag, BS Rudi Arndt, magst Du Dich uns nicht namentlich vorstellen? Bin gespannt, ob ich weiß, wer Du bist ... wenn wir zusammen gelernt hatten?« Der Adressat enthüllte jedoch seinen Namen nicht, verriet aber immerhin, dass er die Ausbildung zum Offsetdrucker 1990 begonnen hatte und auch einige Wochen Buchdruck absolvierte.

Als hilfreicher erwies sich Martin Z. Schröder, der nicht nur Schriftsetzer an der BS gelernt hat, sondern dieses Handwerk bis heute in seinem Offizin ausübt. Er ist damit einer der ganz wenigen, die heute noch mit Bleisatz arbeiten, also mit Setzkästen, Winkelhaken und Kolumnenschnur umgehen und sogar mit Buchdruckmaschinen. Seine Werkstatt in Weißensee lohnt einen Besuch und Besucher, die sich telefonisch anmelden, sind willkommen (030-47 00 43 12). Während sich meine Lehre zum Schriftsetzer heute bei mir nur noch darin manifestiert, dass ich eine bescheidene Zeitung layoute, ist Schröder ein »Schweizerdegen« – so der Fachbegriff für die Personalunion von Buchdrucker und Setzer. Bei Schröder setzte die Begeisterung für den Schriftsatz schon früh ein. Als Junge war er in der Arbeitsgemeinschaft »Junge Schriftsetzer« im Pionierpalast gewesen, seine Lehre an der BS schloss er 1985 ab. So konnte ich ihn damals nicht kennen lernen, weil ich erst im Jahr darauf begann, die schwarze Kunst zu lernen. Während meine Spezialisierungsrichtung Zeitungsumbruch war, ausgerechnet in der Militärdruckerei, waren es bei Schröder Akzidenzen – so nennt man Gelegenheitsdrucksachen von Briefpapier bis zu Einladungen und Broschüren. Ein wenig bedaure ich, dass mich die Leidenschaft für die Schrift nicht in den Setzereien heimisch werden ließ, sondern eher in Bibliotheken, in Redaktionen und an den Schreibtisch führte, wo ich nun sitze und versuche, mich an die Jahre meiner Lehre zu erinnern. Ich war leider kein guter Lehrling und bin kein guter Schriftsetzer geworden. Ganz schlecht war ich aber auch nicht. Und mir ist eine Begeisterung für Druckereien, für Setzereien, für schön gesetzte Bücher, Zeitungen und Plakate geblieben und ich bin froh, wenn ich sie mit meinen Texten verbinden kann.

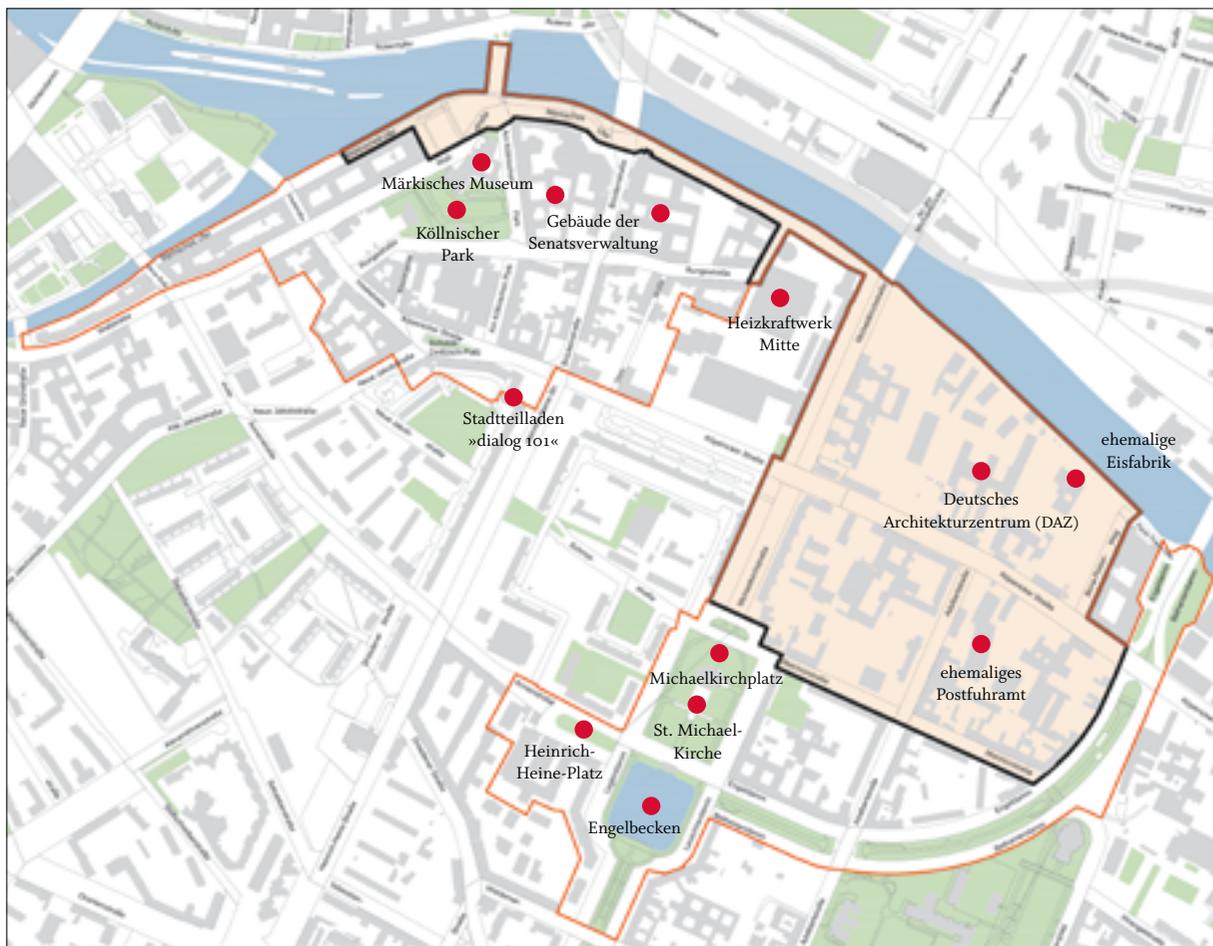
Schröders typografische Karriere setzte sich in der Druckerei Rapputan fort, wo er »Erster Akzidenzer« wurde. Seit 1994 betreibt er seine eigene Werkstatt, als Gestalter einer Wochenendbeilage der Süddeut-



schen Zeitung erhielt er 2012 den »European Design Award« und im vergangenen Jahr den »German Design Award«, wozu hier herzlich gratuliert sei. Dass er außerdem einen spannenden, lesenswerten Blog zu speziellen typografischen Themen schreibt, sei hier nur am Rande erwähnt. Schröder jedenfalls verdanke ich den Kontakt zu Herrn Warmbier per klassischer E-Mail.

An den Namen des Lehrmeisters und Fachlehrers Warmbier kann ich mich noch deutlicher erinnern als an ihn selber. Und Herr Warmbier antwortete prompt. So ist zwar noch nicht klar, wann die Schule gegründet wurde, aber als Warmbier 1961 dort lernte, hieß sie schon »Rudi Arndt«. Davor war der Name der Schule für das Druckgewerbe »Zentrale Lehrwerkstatt«. Als sich die DDR in Wohlgefallen auflöste, traf ihr Untergang auch die BS, sie wurde 1991 in »Grafisches Ausbildungszentrum« umgetauft und 1993/94 endgültig aufgelöst. Also haben wir zumindest einen Nachweis für die Existenz der Schule 1961. Aber etwas konnte ich dem anonymen Facebook-Account der BS Rudi Arndt doch entnehmen – es scheint sie deutlich länger gegeben zu haben, als Herr Warmbier vermutete. Denn eine Facebookerin fragte für ihre Mutter nach Lehrlingskollegen, die schon 1956 ausgebildet wurden. Wann die Zentrale Lehrwerkstatt zur BS Rudi Arndt wurde, werden hoffentlich meine weiteren Recherchen klären. Falko Hennig

Der Autor lädt täglich zum Stadtspaziergang »Lilienthal & Genossen« (2h, € 10,-) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 11 & 14 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker, Anmeldung erforderlich (0176) 20 21 53 39.



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt,
Fachbereich Stadtplanung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Amtsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung
 Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung
 und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
 Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,
schwedler@kosp-berlin.de
 Bürgersprechstunde: Montag 14–18 Uhr
 im Stadtteilladen dialog 101,
 Köpenicker Straße 101

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt

Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt

Treffen jeden dritten Dienstag im Monat
 um 18.30 Uhr, Stadtteilladen dialog 101,
 Köpenicker Straße 101,
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luisse-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt

Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr